

Bezugspreis:

Stichtag: 6.75 M. monatl. 2.25 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 26. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Bayern vor der Entscheidung.

Der bayerische Rätekongress.

In diesem Augenblick tagt noch in München der Rätekongress. Seine gestrigen Verhandlungen brachten keine Entscheidung...

Dass die bayerische Arbeiterschaft in ihrer ungeheuren Masse sozialdemokratisch denkt, kann nicht bestritten werden. Der bayerische Rätekongress muß also, wenn er den Anschauungen der Arbeiterschaft auch nur einigermaßen entspricht...

Wir haben das in Berlin erlebt, und ähnlich war es auch in München. Die Spartakisten wußten ganz genau, daß der Kongress aus eigener freier Entschliessung niemals die „Räterepublik“ ausrufen würde...

Darauf folgt eine noch viel wüstere Szene. Die Spartakisten lassen zwei ihrer Leute halbnaht im Saal erscheinen und zeigen die Spuren der Mißhandlungen, die sie im Kampf mit der Wahnhaftigkeit erlitten haben.

Ob diese Spartakistastaffel, die Vernunft mit allen Mitteln totzuschlagen, Ausmaß auf Erfolg hat, läßt der Bericht der gestrigen Sitzung noch nicht erkennen.

Wir wünschen dringend, daß umgehend wieder solche Verhältnisse hergestellt werden, die den ungehinderten Zusammentritt der schimpflich auseinandergejagten rechtmäßigen Volksvertretung ermöglichen.

Durch keine Verleumdung wird man uns davon abhalten können, solche Schändlichkeiten zu bekämpfen. Man hat uns nachgesagt, wir wollten das Reich gegen Bayern mobilisieren.

„Fasching, „Jugend“ und „Simplicissimus“. Wie lange wohl, glauben die Gelehrten des bayerischen Volksewismus, könnte sich in München dieser Schwindel halten?

Das arbeitende Volk von Bayern und ganz Deutschland ist zu gut dazu, um sich als Objekt für die Experimente von politisch unreifen Literaten herzugeben...

München, 25. Februar. (M.W.) Heute nachmittag tagte im Landtag der Kongress der Landes-Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte...

Eine im Hause erscheinende Abordnung berichtet, daß eine Versammlung von fünfzehnhundert Arbeitern u. a. gefordert habe, daß die Räterepublik sofort ausgerufen werde...

Nach weiterer teilweise erregter Debatte teilte Präsident Rieckhoff mit, daß der ehemalige Vorkämpfer der Rätebewegung...

In der Versammlung gab Debien der „Bos. Stg.“ zufolge bekannt, daß der Mörder Eisners, Graf Arco, noch lebe und vernommen worden sei.

Die Beerdigung Eisners.

Die Beisetzung Kurt Eisners vollzog sich heute in München bei vollkommener Arbeitsruhe.

Die Unruhen in Süddeutschland.

Belagerungszustand in Alschaffenburg. — Der Schaden in Mannheim.

Alschaffenburg, 25. Februar. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Alschaffenburg hat den Belagerungszustand über Stadt und Land Alschaffenburg...

Mannheim, 25. Februar. Der bei den Vorkämpfen am Sonntag an den Gefängnissen und am Gerichtsgebäude angerichtete Schaden wird auf etwa 800 000 Mark geschätzt.

Der politische Streik in Mitteldeutschland. Halle und Leipzig.

Wie die einlaufenden Meldungen ergeben, trägt der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier bei Halle durchaus politischen Charakter.

Aus Leipzig wird gemeldet: Der hiesige A. und S. Rat gibt folgende Entschliessung bekannt: Die Versammlung der Arbeiterräte, Arbeiterausschüsse und Betriebsvertrauensleute empfiehlt der gesamten Arbeiterschaft...

Halle, 26. Februar. Zum Protest gegen den parlamentarischen Eisenbahnerstreik haben die Telegraphen- und Fernsprechanlagen, die übrigen Behörden...

Windau genommen.

Liban, 25. Februar. Die Stadt Windau wurde durch einen gleichzeitigen Angriff von der Land- und Seeseite...

Die Irländer Amerikas mobilisieren.

Amsterdam, 26. Februar. (Eig. Drahtbericht des Vorwärts.) In einer großen Versammlung der amerikanischen Iren in Philadelphia ist, wie die „Times“ aus Washington erfahren...

Englischer Arbeiter-Dreibund.

London, 25. Februar. Am Nachmittag wurde in London von dem sogenannten Arbeiter-Dreibund (Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter) eine Versammlung abgehalten...

Die Demarkationslinie im Osten.

Weimar, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zurzeit finden Verhandlungen zwischen der Obersten Heeresleitung und dem General Dupont als Vertreter der Alliierten über die Demarkationslinie im Osten statt.

Wo die Revolution noch nicht hingekommen ist.

Die Kriegsgesellschaften sind noch heil.

Wir hungern nach der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Wir hungern danach, von dem Ausland das zu bekommen, was unsere eigene Wirtschaft nicht zu erzeugen vermag, und obwohl die Möglichkeit gegeben ist, überschüssige Produkte bestimmter Art gegen solche des Auslandes einzutauschen, die wir dringend notwendig haben, geht die Neuentwicklung unferes Außenhandels nicht voran. Das liegt daran, daß die Hemmnisse, die während der Kriegszeit der Ausfuhr deutscher Waren ins Ausland gemacht wurden und die vielleicht damals sehr berechtigt waren, heute, wo sie keine Existenzberechtigung mehr haben, noch lustig weiter bestehen.

Uns ist Material dafür zur Verfügung gestellt worden, daß die Hemmnisse behördlicher Natur sind. Ein Geschäftsmann wollte ein Metallhalbfabrikat, das in Deutschland nur so lange gebraucht wurde, als Granaten hergestellt worden sind, nach der Schweiz ausführen, um dagegen japanisches Kupfer, das wir in Deutschland dringend benötigen und in der Schweiz in ausreichender Menge lagert, einzukaufen. Er suchte bei der zuständigen Sektion der Zentrale für Ein- und Ausfuhrbewilligung der Stahl- und Eisenindustrie um die Ausfußgenehmigung nach. Daraufhin wurde von ihm der Nachweis gefordert, daß er vom Lieferwerke das Material auch tatsächlich zum Zwecke der Ausfuhr gekauft habe. Er wandte sich an das Werk und dieses antwortete ihm, daß das in Frage kommende Metall pro 100 Kilo 66,15 Mark gelostet habe und nur zur Verarbeitung im Inland bestimmt gewesen sei. Wenn er das Metall ins Ausland ausführen wolle, so habe er für 100 Kilo den Preis von 102 Mark zu bezahlen. Diese gewaltige Spannung im Preise hat es ihm unmöglich gemacht, die Ware ins Ausland auszuführen. Uns liegen eine ganze Reihe von Ziffern vor über die kolossalen Preisunterschiede, die die Werke zwischen inländischer und Ausfuhrware machen. Zum Beispiel kostet eine bestimmte Art von Blech 429 M. 99 Pf. pro Tonne für den Inlandmarkt. Wenn es aber der Kaufmann ins Ausland führen will, so muß er 1300 Frank sich berechnen lassen, das ist bei dem gegenwärtigen Kurs ein Preis von etwa 2250 Mark, also mehr als das Fünffache. Es heißt zwar daß der Frank zum Kurse von 0,80 M. berechnet werden soll. Die Werke aber verlangen Notierungen in Frank, und wenn die Wechsel bei den Banken präsentiert werden, so kommt natürlich der wirkliche Tageskurs zur Anrechnung.

Bei solch verärgertem Preismanipulationen ist es natürlich ausgeschlossen, mit dem Ausland wieder in Verkehr zu kommen. Und liegt der Brief eines schweizerischen Vertreters einer deutschen Firma vor, in dem dieser sagt, daß mit solcher Preispolitik auf dem schweizerischen Markte überhaupt nichts anzufangen sei. Der Schweizer Handel erklärt solche Preise für absolut verrückt und für eine glatte Unverschämtheit.

Der Revolution fehlt eben immer noch der eiserne Wille, um den ganzen verderblichen Mist aus gewissen Amtsstuben hinauszufegen. Wenn man nicht bald die Notwendigkeit einseht, mit der ganzen Masse von irrsinnigen oder wenigstens heute wahnsinnig wirkenden Bestimmungen in den verschiedenen Ämtern und bei den Unternahmervereinigungen aufzuräumen, dann besteht die Gefahr, daß wir noch lange das Elend unserer Isolierung vom Ausland ertragen müssen und daß wir sogar den rechtzeitigen Anschluß an die neue internationale Wirtschaftsentwicklung verpassen.

Deutsche Lebensmittelforderung.

Eine Note an die Entente.

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Ferknot in Deutschland und den Mangel an Milch für Kinder und Mütter hat die deutsche Regierung die Alliierten und assoziierten Regierungen in einer Note vom 25. Februar dringend gebeten, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die in den Abmachungen über das Lebensmittelabkommen in Spa vom 8. Februar und in Trien vom 16. Februar vorgesehene unverzügliche Lieferung von etwa 30000 Tonnen Schweinefleisch und Fett sowie 250000 Litern kondensierter Milch sofort zur Ausführung gelange, ohne den Abschluß des Schiffahrtsabkommens abzuwarten. Die deutsche Regierung betont in der Note besonders, daß die Zahlungen, die für diese Lebensmittel bereits vereinbart waren, schon in der nächsten Zeit fällig seien und weist darauf hin, daß für die in Betracht kommenden Waren ein neuwertiger Schifftransport nicht in Frage kommt, da, wie mitgeteilt worden sei, die betreffenden Lebensmittel in überwiegender Teil in Rotterdam lagern. Angesichts der in erschreckendem Maße zunehmenden Sterblichkeit der Kinder hat die deutsche Regierung die Alliierten ferner ersucht, die Zufuhr von 20 Tonnen Lebertran zu gestatten und ihre Verschiffung nach Deutschland schnellstens in die Wege zu stellen zu wollen.

Demonstration vor dem sächsischen Landtag.

Dresden, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute vormittag fand hier ein Umzug statt, dessen Teilnehmerzahl schätzungsweise zwischen 1500 und 6000 schwankend angegeben wird. Der Zug ist gegenwärtig von Neustadt aus auf dem Wege zum Landtagsgebäude, das hinreichend durch Bewaffnete geschützt wird.

Wer will „interferieren“?

Weimar, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gegenwärtigen Reichstagen in München haben sich an die Reichsregierung mit dem Gesuchen gewendet, von einer Intervention in Bayern abzuschnen und insbesondere keine eifrigen Divisionen zu entsenden. Wie wir hören, denkt die Reichsregierung gar nicht an ein solches Eingreifen; sie ist überzeugt, daß die Bayern von sich aus baldig wieder zu geordneten Verhältnissen kommen werden. Geringes scheint es, daß man von Bayern aus nach Norddeutschland zu „interferieren“ gedenkt. Denn auf dem Rätekongreß hat der Arbeiterrat Sauber erklärt, von Bayern aus werde die zweite Revolution stattfinden.

Die Teuerungszulagen der Arbeiter und die Hungerlöhne der Arbeiterinnen. Zu dieser Notia schreibt die Stadtinnung, daß den Arbeitern lediglich die Differenzen zwischen den von der Kirchenbehörde festgesetzten Teuerungszulagen und den Teuerungszulagen der Staatsbeamten nachgezahlt werden soll, ein Betrag, der sich im Durchschnitt auf etwa 975 M. beläuft. Die Forderungen der im Bureau der Berliner Stadtinnung beschäftigten Hilfskräfte waren bereits am 13. Februar rückwirkend ab 1. Februar erfüllt. Am 17. Februar ist die Nachzahlung vom 1. Januar ab verfügt worden.

Kriegsgewinnsteuer in Amerika. Amsterdam, 25. Februar. Das Neuterische Bureau meldet aus Washington, daß Wilson die Kriegsgewinnsteuer, durch die den Kriegsgewinnern eine Steuer von sechs Milliarden Dollar auferlegt wird, unterzeichnet hat.

Ein Monarchist über Wilhelm II.

Oberflächlich, frivol, barschlos, eitel, feige.

Graf Soensbroech, bekanntlich während des Krieges ein alldeutscher Hauptbeher und Führer der „Adloniter-Verschwörung“, veröffentlicht eine Schrift über „Wilhelm II. Abdankung und Bluth“. In dieser bekennert sich nach wie vor als „kaiser-, königs- und hohenzollerntreu“, was ihn aber nicht hindert, Wilhelm II. als „Totengräber Deutschlands“ zu verfluchen. Als Monarchist hält es Soensbroech für seine Pflicht, „das verfaulte Reis am Hohenzollernstamm zu knicken“, damit dieser reich bald wieder wachse und blühe. Hören wir, wie dieser Monarchist über Wilhelm den Letzten urteilt:

Oberflächlich, frivol, barschlos, eitel, selbstherrlich, prunkstüchtig, geldlos, ohne Kraft, ganz auf Neuzere gestellt, menschenverachtend, securitätslos, nachtragend, kleinlicher Anbeter seines Neinalden Johs, ohne großen Zug, Tatkraft und Schulpfiter, und dabei — mit das Schlimmste für einen Herrscher — Feindling ohne persönlichen Mut. Das ist Wilhelm II.

Zum Beweise seines Urteils erwähnt Soensbroech eine Anzahl Begebenheiten, von denen wir nur eine hier wiedergeben:

Das Herrenhausmitglied Graf Karl Pinfenstein-Rodisch erzählt mir als Augen- und Ohrenzeuge, Wilhelm II. habe bei einer Frühmahlzeit dem General von D., der Sold nicht vertragen, ein Salzfaß in den Suppenteller gestürzt mit den Worten: „Da, D., schmeck das.“ Und der mit so „gnädigem“ Scherz Vogelmute schluckte es!

Man weiß nicht, wen man mehr bewundern soll: den „wichtigen“ Monarchen, den „tapferen“ General — oder den Grafen Soensbroech, der unentwegt Monarchist bleibt, obwohl es doch das Wesen der Monarchie ist, daß sie wahllos solche Menschen an die Spitze des Staates befördert.

Vollversammlung der A- und S.-Räte Groß-Berlins.

Im Lehrereinstellungsamt wurde heute vormittag um 10 1/2 Uhr die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Richard Müller dem ermordeten Kurt Eisner einen erhabenen Nachruf, den die Versammlung lebend anhörte. Eine von der Fraktion der A. S. P. beantragte, die Bestimmungen Eisners billigende Resolution wurde fast einstimmig angenommen. Ueber die Festsetzung der Tagesordnung entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte. Ein Antrag der Unabhängigen verlangt, daß die Reuwohl des Vollzugsrats auf die Tagesordnung gesetzt werde, da der Vollzugsrat seine Pflicht, eine Reichskonferenz der A- und S.-Räte einzuberufen, nicht erfüllt habe. Die Abstimmung durch Handaufheben blieb zweifelhaft. Beantragt wurde deshalb namentliche Abstimmung. Gegen die Vornahme derselben wurden technische Schwierigkeiten geltend gemacht, weil eine Kommissäre der Stimmberechtigten nicht zur Stelle war. Richard Müller schlug vor, die Zeit bis zur Herbeischaffung der Liste mit dem Eintritt in den ersten Punkt der Tagesordnung: Einberufung eines Rätekongresses für Deutschland, einzutreten. Gegen diesen Vorschlag wurde Widerspruch erhoben. Auch in diesem Falle blieb die Abstimmung durch Handaufheben zweifelhaft. Nun wurden Vorschläge gemacht, wie man durch einen anderen Abstimmungsmodus die namentliche Abstimmung bemeiden könne. Auch diese Vorschläge stießen auf Widerspruch. Schließlich erklärte der Vorsitzende Rich. Müller: „Ich lasse mich jetzt auf nichts mehr ein, die Versammlung wird vertagt, bis wir die namentliche Abstimmung vornehmen können.“

Um 11 1/2 wurde die Versammlung wieder eröffnet und folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung behauert und verurteilt aufs schärfste den Mord im bayerischen Landtag. Sie erklärt: Die verabschiedeten selbst gewalttätigen Vorgehen zur Beseitigung politischer Gegner und lehnen jede Gemeinsamkeit mit den Mörderern der Attentate in München ab. Die Versammlung fordert sofortige Freilassung der mutmaßlichen Mörder und ihrer Helfershelfer. Sie erwartet, daß das gerichtliche Verfahren mit aller Beschleunigung durchgeführt werde. Hierauf wurde die namentliche Abstimmung vorgenommen. Sie war bei Schluß des Berichts noch nicht beendet.

Groß-Berlin

Die Sozialisierung des Zentral-Vieh- und Schlachthofes.

Zum Vorkessal des Viehhofes lagte am gestrigen Abend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung von Arbeitern und Angehörigen dieses Betriebes. Ingenieur Duce referierte über die Sozialisierung des Betriebes und führte aus, daß der Zentral-Vieh- und Schlachthof in jeder Beziehung für die Sozialisierung reif sei. Es sei eine bekannte Tatsache, daß gerade die Viehkommissionäre sowie die Engros-Schlächter Viehverdränger eingekleidet haben und noch bestehen, obgleich ihre Leistungen gleich Null sind. Bei der Sozialisierung müsse alles verschwinden, was unproduktiv arbeite und sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichere.

Derr Wille berichte über das außerordentlich rückständige Verhalten der Schlachthofverwaltung, sowie der auf dem Vieh- und Schlachthof anwesenden Firmen, bezüglich der Behandlung und Bezahlung ihrer Arbeiter.

Es wurde sodann nach eingehender Debatte einstimmig eine Entschließung angenommen, nach welcher die vollständige Sozialisierung des Zentral-Vieh- und Schlachthofes mit eingehender Angabe praktischer Vorschläge von der neu gewählten Gemeindevertretung gefordert wird. Zum Zweck der baldigen Einsetzung der Angelegenheit wurde eine Kommission, bestehend aus 7 Angestellten und Arbeitern des Zentral-Vieh- und Schlachthofes gebildet, die beauftragt ist, das gesamte für die Sozialisierung vorliegende Material zu bearbeiten und gleichzeitig mit den Stadtverordneten in Fühlung zu treten.

In Anbetracht des Umstandes, daß namentlich eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlament vorhanden ist, und daß tatsächlich der Betrieb des Zentral-Vieh- und Schlachthofes als reif für eine Verstaatlichung angesehen werden kann, ist zu hoffen, daß diese Sozialisierung in absehbarer Zeit zur Tatfache wird.

Handel mit Pferdefleisch.

Die Provinzialregierung hat wegen Vertrieb von Pferdefleisch angeordnet, daß höchstens der fünf Teil des Schlachtwertes zur Wurst verarbeitet werden darf. Das sibirische Fleisch ist in rohem Zustande an die Bevölkerung über den Ladentisch zu verkaufen. Hauswirtschaftungen von Wurst sind verboten; jedes unverkaufte geschlachtete Pferd ist zu beschlagnahmen. Herstellung und Vertrieb jeglicher Dauerware aus Pferdefleisch ist ebenfalls verboten.

Auswanderungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. bedroht. Dem Schwindler im Handel mit Pferdefleisch und Wurst wird am besten durch Kommunalisierung des Einkaufs, der Schlachtung und des Vertriebs unter durchgreifender Kontrolle begegnet.

Wem nützen die Mietereinigungsämter?

Gegen die Entscheidungen der Mietereinigungsämter macht sich in Mieterkreisen eine wachsende Mißstimmung bemerkbar. In vielen Aufschriften an uns wird die immer wiederkehrende Frage aufgeworfen, wem eigentlich die Mietereinigungsämter nützen. Aufschluß ist uns in letzter Zeit aus Charlottenburg Kriegen über das Mietereinigungsamt zugegangen. Dort trägt anheimend auch die Form der Verhandlung dazu bei, manchmal von vornherein das Vertrauen der Mieter zu wecken. Für eine seit April 1918 von zwei Familien gemeinsam benutzte Wohnung zum Preise von 1250 M. wurde ab April 1919 die Miete um 350 M. (28 Proz.) auf 1600 M. gesteigert. Beim Mietereinigungsamt beehrte der Vorsitzende den Mieter, die aus vier Zimmern, Küche, Wabstube usw. bestehende Wohnung sei damals „wohl reichlich billig“ vermietet worden. Dabei hatte der Wirt schon damals den früheren Preis um 100 M. gesteigert, ohne daß er für den neuen Mieter an der ausbesserungsbedürftigen Wohnung etwas machen ließ. Das Einigungsamt hielt jetzt eine weitere Steigerung für berechtigt und legte die Miete auf 1500 M. fest, so daß sich immer noch ein Mehr von 250 M. (20 Prozent) ergab. Bei demselben Mietereinigungsamt mußte ein anderer Mieter sich vom Vorsitzenden lassen lassen, wenn ihm die Miete zu hoch sei, so könne er ja ziehen. Das wußte er selber, aber bisher hatte der Mieter geglaubt, daß die Einigungsämter auch Umzüge möglichst verbieten sollen. Der Vorsitzende erklärte, er sei früher Hauswirt gewesen und wisse, was eine solche Wohnung wert sei. Die Wirtin hatte dem eben vom Militär entlassenen Mieter die Miete für die aus zwei Zimmern, Küche, Bad usw. bestehende Wohnung ab April 1919 von 41 M. um 14 M. (über 34 Proz.) auf 55 M. oestigert und dabei angekündigt, von Oktober ab müsse diese Wohnung sogar 60 M. bringen. In den zweimaligen Verhandlungen vor dem Mietereinigungsamt bemerkte der Mieter nicht viel von Versuch, die Wirtin zur Einschränkung ihrer Miethforderung zu nötigen. Er mußte wenigstens in eine Steigerung um 11 M. (fast 27 Proz.) auf 62 M. einwilligen und sich halbjährigen Vertrag gefallen lassen, so daß zum Oktober schon wieder gesteigert werden kann. Das sind zwei Groben der Entschärfungen, die wandert Mieter sich beim Mietereinigungsamt holt. Einer sagt sein Urteil dahin zusammen: Zahlen oder ziehen!

Forderungen aus Anlaß des Spartakusputsches.

In Schäden aller Art bei den spartakistischen Tumulten in Berlin sind bisher über 4000 angemeldet worden. Die beanspruchten Erfahforderungen belaufen sich bereits auf weit über 40 Millionen Mark, und täglich laufen neue aus allen Stadtteilen ein.

Eine bewaffnete Mäuerbande ist gestern in der Schröderstraße wieder aufgetreten. Dort wohnte im zweiten Stock des Vorderhauses Nr. 12 ein Kraftwagenführer Hermann. Dieser stand im Begriff, ein Geschäft zu kaufen und hatte zu diesem Zweck 8500 M. zupause liegen. Während er nun gestern seinem Berufe nachging, erschienen bei seiner Frau ein Zivilist, der sich für einen Kriminalbeamten ausgab, ein Ratroffe und ein Soldat, die beide in Uniform und bewaffnet waren. Der Kriminalbeamte, der das Wort führte, erklärte, daß er beauftragt sei, mit seinem Kommando die Wohnung nach Waffen zu durchsuchen. Die Frau, die allein anwesend war, mußte sich das in ihrer Angst gefallen lassen. Die Wände fand weder Waffen noch sonst etwas Verdächtigtes, nahm dagegen heimlich die Briefkasten Hartmanns mit den 8500 M. mit. Die Frau entdeckte den Diebstahl erst, als die Wände schon wieder weg war. Der „Kriminalbeamte“ ist etwa 1,80 Meter groß, hat blondes Haar und ein barloses Gesicht und trug einen dunkelgrauen Frühjahrmantel und einen hellgrauen Hut. Der Ratroffe und der Soldat trugen beide eine rote Armbinde.

5000 M. Belohnung. Ein großer Einbruch wurde in der vergangenen Nacht in der Budapester Str. 2-3 verübt. Die unbekanntes Täter erbrachen dort die Tür zu den Geschäftsräumen der Damenkonfektion von Max Stein und holten für 50000 M. fertige Kleider, Seide, Pelze und wertvolle Korbelle. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10 Proz. seines Wertes ausgesetzt.

Nach keine Befehle des Kommandopostens. Die Kommandantur teilt mit, daß der Abgeordnete Schöpplin entgegen anders lautenden Mittermeldungen noch nicht zum Kommandanten von Berlin ernannt worden ist. Wie sich die Neuordnung der Kommandoposten in ud um Berlin gestalten wird, dürfte erst eine in den nächsten Tagen stattfindende Aussprache zwischen den beteiligten Stellen ergeben.

Keine Eingelung der Riefenmünzen. Die im Juni 1918 angeordnete Eingelung der Riefenmünzen durch die staatlichen Kassen ist nunmehr aufgegeben worden. Der Reichsmünzrat hat demgemäß an die ihm unterstellten Reichsbankstellen die Anweisung ergaben lassen, daß Riefenmünzen nicht mehr zurückzuführen, sondern wieder in den Verkehr zu bringen sind.

Die Lungenheilkunde Grabowsee, die vor dem Kriege Tausenden von Lungenkranken Aufnahme erbotet und während des Krieges lungenkranken Soldaten gepflegt hat, wird am 1. März ihre Reichsanstalt wieder aufnehmen. Die gerabete erkrankende Zunahme der Sterblichkeit an Lungentuberkulose hat die Behörden veranlaßt, die Räumung der Lungenheilstätten, soweit sie Vereinialgerichte sind, in Anregung zu bringen. Diese Stellen nunmehr wieder für den Arbeiter und die nicht versicherte Bevölkerung offen, während man die lungenkranken Heereangehörigen in besonders eingerichteten Reservelazaretten (BRÜdickhallen) unterzubringen bemüht ist.

Die Heilstätte Grabowsee wird sich künftig nicht mehr auf die Aufnahme nur Reichsrentner beschränken, sondern bei Einrichtungen auch zur Pflege solcher Kranken in beschränkter Zahl gestatten, deren Leiden weiter vorgegriffen ist.

Neuere Forschungen über das Geschlechtsleben der Menschen. Ueber dieses Thema spricht am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Hochschule, Aula der Friedrich-Werderschen Oberschule, Niederkirchstr. 12, Sanitätsrat Magnus Hirschfeld. Eintritt 30 Pf. für Mitglieder, Gölte 40 Pf.

Die Autoomnibuslinie unter den Stuben-Galeeren, die mit Beginn des Krieges wegen der Beschlagnahme der Fahrzeuge für Kriegszwecke eingestellt wurde, wird voraussichtlich am 1. März in doppelter Weise als Tormagendetrieb wieder aufgenommen werden.

Im Warmwasser-Kurzfließband, gelangt morgen 8 1/2 Uhr „Morgenbad“, die Geschichte einer Zukunftsleiterin, zur Aufführung. Sorker wird „Die Reptomanie“ gezeigt.

Fußball. Der Arbeiter-Turn- und Sportverein Stralau I schlug am 24. 2. M. den Fußballklub Spieder-Neudöln I nach hochintelligentem Kampf mit 4:2.

Humanistische Gemeinde. Am Sonntag, nachm. 5 Uhr, in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberschule, Niederkirchstr. 12, Vortrag des Herrn Dr. A. Venzig über: „Die neue Nationalsozialismus“. — Gölte willkommen.

Charlottenburg. Schwangerschaftsversicherung. Der Magistrat hat den Hauspflanzverein ermächtigt, minderbemittelten Schwangeren für die Dauer von etwa 4 Wochen vor der Entbindung und für die Zeit des Wochenbettes Beihilfen zu gewähren. Die regelmäßige Form dafür ist die Verabfolgung eines kräftigen Mittageessens. Anmeldungen haben Dienstag und Freitag zwischen 10 und 11 Uhr normittags, möglichst 8 Wochen vor der erwartenden Entbindung, bei der Ernährungsabteilung des Hauspflanzvereins im Cecilienhaus, Berlinstr. 187, zu erfolgen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Buchholz. Admitt 83 1/2, Vb. Strup (Vb. 85 Vg.) oder Fruchtstrup (Vb. 140 M.). Admitt 91 1/2, Vb. Haterfoden (11 Vg.) oder 1/2, Vb. Kubeln (23 Vg.). Bei den Fleischern auf Admitt 90 frühe Rühle. — Am Rittmoos sind im Antshaus Strümpfe (Version 1 Paar) erhältlich.

Verantwortlich für Politik: Walter Müller, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudöln. Für Anzeigen: Erhard Wied, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag, S. m. S. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin, Unter den Eichen 3.

